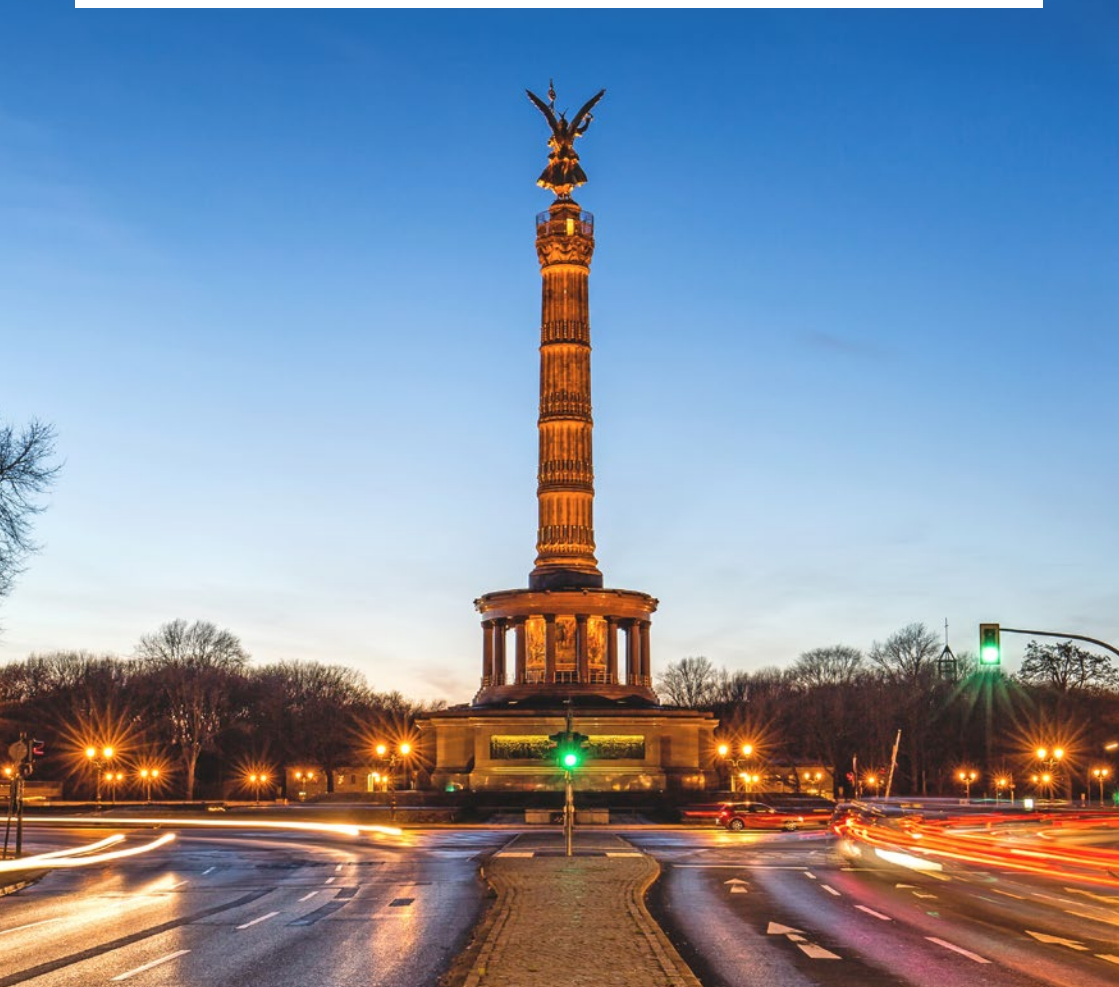


*Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)*

# Vielfalt statt Abgrenzung

Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung  
um Einwanderung und Flüchtlinge?



Vielfalt statt Abgrenzung



*Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)*

## **Vielfalt statt Abgrenzung**

Wohin steuert Deutschland in der  
Auseinandersetzung um Einwanderung  
und Flüchtlinge?

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich: Dr. Kai Unzicker

Redaktion: Gesine Bonnet

Lektorat: Heike Herrberg

Herstellung: Christiane Raffel

Umschlaggestaltung: Elisabeth Menke

Umschlagabbildung: Shutterstock/Sven Hansche

Satz und Druck: Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld

ISBN 978-3-86793-740-5 (Print)

ISBN 978-3-86793-757-3 (E-Book PDF)

ISBN 978-3-86793-758-0 (E-Book EPUB)

[www.bertelsmann-stiftung.de/verlag](http://www.bertelsmann-stiftung.de/verlag)

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	7
Deutschland und die Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge .....	11
<i>Kai Unzicker</i>	
Neue Rechte, Rechtspopulismus und die Flüchtlingseinwanderung: Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt .....	35
<i>Patrick Gensing</i>	
Wenn das Volk gegen die Demokratie aufsteht: Die Bruch- stelle der repräsentativen Demokratie und die populistische Herausforderung .....	59
<i>Hans Vorländer</i>	
Rechtspopulistische Gegenwelt: Aktuelle Kommunika- tionsformen, gesellschaftliche Resonanz und demokratische Antworten .....	75
<i>Denis van de Wetering</i>	
»Wir schaffen das!« Die Flüchtlingseinwanderung als Wendepunkt für das deutsche Selbstverständnis als Nation ...	95
<i>Orkan Kösemen</i>	

Migrationsgesellschaftliche Zugehörigkeiten im Kontext globaler Fluchtbewegungen . . . . .	111
<i>Astrid Messerschmidt</i>	
Welche Werte halten pluralistische Gesellschaften zusammen? Die Leitkulturdebatte im Kontext von Flucht und Migration . . .	131
<i>Sabine Achour</i>	
Islam als Etikett: Wie sich Rechtspopulisten ein medial produziertes Narrativ zunutze machen . . . . .	149
<i>Yasemin El-Menouar</i>	
Wie kann Verständigung gelingen? Der Auftrag des Journalismus und das Misstrauen des Publikums . . . . .	171
<i>Michael Haller</i>	
Mit Zumutungen umgehen – Zusammenhalt wahren . . . . .	193
<i>Kai Unzicker (Mitarbeit: Gesine Bonnet)</i>	
<b>Die Autorinnen und Autoren . . . . .</b>	<b>217</b>
<b>Abstract . . . . .</b>	<b>221</b>

# Vorwort

Im Jahr 2015 haben rund eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Die Flüchtenden kommen in ein Land, das seit der Jahrtausendwende widerstrebend, aber doch unaufhaltsam ein recht pragmatisches Verständnis von sich selbst als Einwanderungsland entwickelt hat – ohne dass dies in allen Teilen der Bevölkerung konsensfähig ist.

Heute hat hierzulande jeder fünfte Mensch einen Migrationshintergrund – das sind rund 16 Millionen Menschen. Elf Millionen von ihnen sind im Ausland geboren, die Übrigen haben Vorfahren – Eltern, Großeltern und inzwischen auch schon Urgroßeltern –, die aus anderen Ländern nach Deutschland gekommen sind. Schaut man auf die Kinder in unserem Land, dann stammt bereits mehr als ein Drittel der unter Zehnjährigen aus Einwandererfamilien. Seit 2015 kommen nun in großer Zahl die Flüchtlinge hinzu.

Die Debatte über das Für und Wider der Flüchtlingsaufnahme ist scharf, ja teilweise unversöhnlich geworden. Und zwischen den Polen »Pegida« und »Willkommenskultur« greift Verunsicherung um sich. Bei dieser Verunsicherung spielen neben der berechtigten Sorge, ob und wie es gelingen kann, die materiellen Herausforderungen der Aufnahme – Unterkunft, Gesundheit, Bildung und Arbeit – zu lösen, auch Befürchtungen um die ideellen Grundlagen des Gemeinwesens eine wesentliche Rolle: Wie verändert sich die deutsche Identität durch die Einwanderer? Welche Prinzipien gelten in der Gesellschaft? Prägen Leitkultur oder Multikulturalismus unser Land?

Dabei verstärkt der Streit um die Flüchtlingspolitik Vorurteile und Ängste, die aus den integrationspolitischen Debatten der vergange-



nen Jahrzehnte wohlbekannt sind. Nicht erst seit den Vorfällen in der Silvesternacht von Köln ist der Islam zur Chiffre für diese Bedrohlichkeit geworden. Bereits der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung hat gezeigt, dass die Angst vor Muslimen und ihre Ablehnung seitens der Bevölkerung weit verbreitet ist – und zugenommen hat. Mit der Studie konnten wir aber auch darlegen, wie haltlos viele Bilder vom Islam in Deutschland sind und dass die überwältigende Mehrheit der Muslime hierzulande gut integriert lebt und demokratische Werte vertritt.

Wohin steuert die deutsche Gesellschaft im Streit um Einwanderung und Flucht? In diesem Buch wollen wir ausloten, vor welchen Chancen und Risiken wir aktuell stehen, und der Frage nachgehen, wie es uns gelingt, miteinander zu leben. Der Blick auf die Zahlen zeigt: Wir können gar nicht anders, als miteinander zu leben – wir tun es ja schon! Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland. Miteinander zu leben ist aber auch eine Aufforderung, das Leben miteinander zu gestalten: nicht nebeneinander oder aneinander vorbei leben, sondern gemeinsam.

Herkunft, Sprache, Religion und Tradition stellen häufig noch Trennlinien in unserer Gesellschaft dar. Miteinander zu leben hieße dann, diese Grenzen zu überschreiten, aus einem Einwanderungsland eine echte Einwanderungsgesellschaft zu machen, in der Lebenschancen nicht nach Herkunft, Sprache oder Religion verteilt sind: eine Einheit der Vielheit schaffen.

Der sich ausbreitende Rechtspopulismus und die scharf geführte Debatte um Flüchtlinge bergen die Gefahr, dass sich das Klima der Offenheit in Deutschland verändert und die beachtlichen Erfolge der letzten Jahre verspielt werden. Doch es gibt auch Hoffnung: Die vielen freiwillig Engagierten, die Sprachkurse geben, den Flüchtlingen helfen und sich für ihr Gemeinwesen einsetzen – sie alle zeigen, dass der Kern des demokratischen Gemeinwesens offen, tatkräftig und stark ist.

In welche Richtung also wird sich unser Gemeinwesen entwickeln: zu mehr Vielfalt in einem liberalen und demokratischen Miteinander oder zu Ausschluss und Abschottung?

Der vorliegende Band kann hierzu keine abschließenden Antworten liefern. Aber die Beiträge werfen Schlaglichter aus ganz unterschiedlichen Perspektiven auf die Veränderungen, die wir alle momentan erleben. Das Ziel dabei ist eine möglichst facettenreiche Bestandsaufnahme: vom Aufstieg der AfD und den Verlockungen des Populismus über die Rolle der Medien bis hin zur Diskussion um Leitkultur und Islam sowie unseren Umgang mit Vielfalt. Damit möchten wir Anhaltspunkte liefern, welche Weichen gestellt werden müssen, damit wir das Ziel, miteinander zu leben, erreichen.

*Stephan Vopel*

*Director*

*Programm »Lebendige Werte«*

*Bertelsmann Stiftung*



# Deutschland und die Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge

*Kai Unzicker*

Im Jahr 2016 blickt die Bundesrepublik auf eine lange Phase wirtschaftlicher Stärke, politischer Stabilität und internationalen Bedeutungsgewinns zurück. Und dennoch – so sehen es immer mehr Menschen im Land – war das soziale Gefüge seit der Wiedervereinigung nie fragiler als heute.

Wer sich in Deutschland genau umschaute, kann schnell das Gefühl bekommen, der gesellschaftliche Zusammenhalt stehe auf der Kippe: Wenn alles gut geht, dann sind wir auf dem Weg in eine buntere, offenere und selbstsicherere Gesellschaft. Wenn nicht, dann drohen harte Zeiten, mit weniger Freiheiten und schmerzhaft spürbaren Bruchlinien zwischen politischen Extremen, zwischen den Religionen und den sozialen Schichten. Das durchaus erfolgreiche und verlässliche Arrangement des gesellschaftlichen Miteinanders in Deutschland steht auf dem Spiel. Der Ausgang scheint ungewiss.

Dieser Eindruck spiegelt sich auch in der Stimmung der Bevölkerung: In der alljährlichen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach gaben zum Jahreswechsel 2015/2016 nur noch 41 Prozent der Befragten an, »mit Hoffnung« ins neue Jahr zu schauen. Zwölf Monate zuvor waren es noch 56 Prozent. Eine allgemeine Verunsicherung mit Blick auf die Zukunft teilt inzwischen jeder Zweite in Deutschland. Im Sommer 2014 waren es lediglich 29 Prozent (Petersen 2016).

## Ein Krisenjahr

Wo liegen die Gründe für die Verunsicherung? 2015 war ein Jahr der Krisen: Das Frühjahr stand noch im Lichte des Ukraine-Konflikts und der Schuldenkrise in Griechenland. Aber im weiteren Jahresverlauf rückte das Thema »Flüchtlinge« immer mehr in den Fokus der Öffentlichkeit. Seit Jahren tobt in Syrien ein Bürgerkrieg und genauso lange suchen Flüchtlinge in den Nachbarländern Schutz oder machen sich auf die Reise nach Europa. Hinzu kommen – ebenfalls seit mehreren Jahren – Menschen aus Afrika, die den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nach Europa wählen. Deutschland erreichten diese Flüchtlinge erst, als für einige Monate die ost- und südosteuropäischen Länder auf der Balkanroute den Zustrom nicht mehr aufhielten und Flüchtlinge weiter nach Nordwesten reisen ließen. Fachleute haben diese Entwicklung schon seit Längerem kommen sehen (»Frontex-Warnung: Regierung wusste angeblich früh von hohen Flüchtlingszahlen« 2015), Öffentlichkeit und Bundespolitik wirkten dennoch überrascht.

Etwa 1,1 Millionen Flüchtlinge sind nach Angaben des Bundesinnenministeriums (BMI 2016) im Jahr 2015 nach Deutschland gekommen. Sie mussten untergebracht, versorgt und registriert werden. Rund 480.000 von ihnen stellten einen Erstantrag auf Asyl, über den die (zunehmend überforderten) Mitarbeiter des BAMF entscheiden müssen. Zu Notunterkünften umfunktionierte Turnhallen, Hotels, ehemalige Kasernen oder auch Schulen finden sich inzwischen in ganz Deutschland, genauso wie Zelt- und Containerlager. Politik und Verwaltung auf allen Ebenen, von den Kommunen bis zum Bund und zur EU, versuchen, die Flüchtlingssituation zu bewältigen. An manchen Orten gelingt das erstaunlich reibungslos, an anderen kommen die Verantwortlichen schnell an ihre Grenzen, wie etwa in Berlin. Die erbärmlichen Zustände in und vor dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales, kurz LAGeSo, machen bundesweit Schlagzeilen (vgl. z.B. »LaGeSo: Ablauf katastrophal« 2016; Kneist 2015).

Währenddessen packen Tausende ehrenamtliche Helferinnen und Helfer in Deutschland an. Sie spenden, verteilen Kleidung, Möbel und Lebensmittel, geben Sprachkurse und helfen den Neuankömmlingen, sich in Deutschland zurechtzufinden. »Willkommenskultur« ist das Wort der Stunde und nicht nur die Deutschen selbst sind überrascht, wie offen und hilfsbereit sie mit den Flüchtlingen umgehen. Auch im Ausland wächst die Verwunderung – teils mit Anerkennung, teils mit Entsetzen gemischt.

Viel zitiert ist Angela Merkels Ausspruch: »Wir schaffen das!« Laut ARD-DeutschlandTrend sind im Januar 2016 nur noch 44 Prozent der befragten Deutschen der Meinung, dass diese Aussage der Bundeskanzlerin stimmt (ARD-DeutschlandTrend 2016a). Im Vergleich zum Oktober 2015 sind das fünf Prozentpunkte weniger.

Jenseits von Willkommenskultur und »Wir schaffen das«-Rhetorik zeigt die Bundesrepublik auch eine andere Seite im Umgang mit den Asylsuchenden: Das Bundeskriminalamt zählte im Jahr 2015 mehr als 1.000 Angriffe gegen Flüchtlingsheime – fünfmal so viele wie im Vorjahr. 901 Angriffe haben einen eindeutig rechtsradikalen Hintergrund (Diehl 2016). An vielen Orten wird gegen die Unterbringung von Flüchtlingen demonstriert. Vor allem im Internet formiert sich der Widerstand.

Die polarisierte Debatte über die Flüchtlinge ist Wasser auf die Mühlen von Rechtsextremen, Rechtspopulisten und Fremdenfeinden. Die Partei Alternative für Deutschland (AfD), die im Zuge der Eurokrise als EU-skeptische Stimme für Aufmerksamkeit gesorgt hatte, war nach internen Querelen schon fast in der Bedeutungslosigkeit verschwunden – als ihr die Flüchtlingsthematik wieder Auftrieb verlieh. Nach ihrer Spaltung im Sommer 2015 hat sie sich kontinuierlich weiter nach rechts bewegt. Allen voran macht der thüringische Landesvorsitzende Höcke mit rassistischen und fremdenfeindlichen Aussagen Stimmung und sucht die Nähe zur Neuen Rechten (Hurtz 2015). Zugleich ist die AfD bei Landtagswahlen erfolgreich: In Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gelangt sie mit zweistelligen Wahlergebnissen in die Parlamente. Damit ist sie in acht von 16 Bundesländern vertreten und wird wahrscheinlich im Herbst

2016 ebenfalls in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin den Einzug in die Landesparlamente schaffen.

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern gelang es bis dahin in Deutschland keiner rechtspopulistischen Partei, sich langfristig und erfolgreich zu etablieren. Während etwa in Frankreich der Front National bei den Regionalwahlen 2015 unter Marine Le Pen zur festen politischen Größe avancierte und sich Chancen bei den nächsten Präsidentschaftswahlen ausrechnen kann, hat der national-konservative Rechtsruck in Ungarn und Polen bereits die Regierungsbänke erreicht. In Großbritannien wiederum hat Premierminister Cameron unter dem Druck der Populisten für Juni 2016 ein Referendum über einen möglichen EU-Austritt angekündigt und zeigt Härte in der Flüchtlingsfrage. Das macht deutlich: Rechtspopulisten müssen nicht an der Regierung sein, um die politische Agenda zu bestimmen.

## **Wohin strebt die unentschiedene Mitte?**

Auch wenn es in Deutschland bislang (noch) nicht so weit ist – eine gesellschaftliche Polarisierung ist auch hierzulande unverkennbar: Seit inzwischen mehr als einem Jahr protestieren jeden Montag, vor allem in Ostdeutschland und besonders in Dresden, vermeintliche »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (Pegida). An vielen Orten, vor allem im Westen der Republik, formieren sich genauso regelmäßig Gegendemonstrationen. Suchten Politiker anfangs noch das Gespräch mit den »besorgten Bürgern«, die bei Pegida mitlaufen, ist der Ton inzwischen rauer geworden und zielt auf eine klarere Abgrenzung: Anfang 2015 trifft sich Vizekanzler Gabriel noch in der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Dresden mit Pegida-Anhängern (»Gabriel diskutiert mit Pegida-Anhängern« 2015). Sieben Monate später nennt er die Demonstranten, die im sächsischen Heidenau gegen eine Flüchtlingsunterkunft wettern, »Pack«.

Die beiden Terrorangriffe in Paris 2015 und die Anschläge in Brüssel im März 2016, ausgeführt von Attentätern im Auftrag oder

zumindest im Geiste des sogenannten Islamischen Staates (IS), haben auch in Deutschland die Angst vor islamistischen Terroristen wachsen lassen. Für die Pegida-Anhänger und Kritiker der Flüchtlingszuwanderung bestätigt der Terror ihre Warnungen vor Muslimen. Die sexuellen Angriffe auf Frauen am Kölner Hauptbahnhof in der Silvesternacht 2015, die – nach jetziger Kenntnis – auch von Flüchtlingen unter anderem aus Marokko, Algerien, dem Iran und Syrien (»Fakten zur Silvesternacht« 2016) begangen wurden, verschärfen zusätzlich den Ton in der Debatte. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die den Flüchtlingen helfen wollen und in einer vielfältigen Gesellschaft einen Gewinn und eine Chance erkennen, auf der anderen Seite jene, die vor allem die Lasten sehen, die mit der Integration zu tragen sind, und sich vor Überfremdung fürchten.

Zwischen diesen beiden Blöcken, für die verkürzt »Willkommenskultur« und »Pegida« als Synonyme stehen sollen, bewegt sich ein großer Teil der Bevölkerung, der unentschieden ist. Hierzu gehören Menschen, die Mitgefühl spüren und helfen wollen, sich aber zugleich Sorgen darüber machen, was die wachsende Zahl an Flüchtlingen für die Zukunft des Landes bedeutet. Laut einer Befragung aus dem Dezember 2015 im Auftrag der Evangelischen Kirche sind rund 60 Prozent der Deutschen noch unentschieden – zwischen Skepsis und Zuversicht (EKD 2015). Selbst in der Pegida-Hochburg Dresden konnte der Politikwissenschaftler Stefan Fehser von der Technischen Universität (TU) bei einer repräsentativen Befragung der Stadtbevölkerung zeigen, dass neben den 20 Prozent, die die Ziele und die Resentiments von Pegida teilen, rund 40 Prozent offen für Zuwanderung sind und den Flüchtlingen helfen wollen. Dazwischen stehen etwa 40 Prozent, die in ihrer Haltung unentschlossen sind (TU Dresden 2015).

Diese unentschiedene Mitte, die es nicht nur in Dresden gibt, wird beeinflussen, wohin Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge steuert. Eine solche zögerliche Einschätzung der aktuellen Lage ist keineswegs unverständlich. Denn es liegt auf der Hand, dass die Notlage der Flüchtlinge und die mit ihrer Unterbringung verbundenen Anstrengungen sowohl Chancen als



auch Risiken in sich bergen. Entscheidend für die Zukunft wird sein, ob diese Bevölkerungsteile auch weiterhin für Integration eintreten oder sogar an der aktiven Gestaltung eines vielfältigen Gemeinwesens mitwirken oder ob sie von ihren (nicht immer unberechtigten) Sorgen gelähmt werden und einfache Lösungen bei Populisten suchen.

Im ARD-DeutschlandTrend (2015) gab rund die Hälfte der Deutschen im November 2015 an, wegen der vielen Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, Angst zu haben. Es mag überraschen, dass der am häufigsten genannte Grund zur Sorge (87 %) im befürchteten Zulauf für rechte Parteien bestand. Dicht darauf folgten fiskalische Nöte (85 %: Verschuldung der öffentlichen Haushalte; 78 %: Kosten für Unterbringung zu hoch) sowie die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt (79 %). Ähnlich hoch rangiert aber auch die Angst vor einem steigenden Einfluss des Islams (78 %) beziehungsweise fremder Kulturen (69 %), mehr Straftaten (76 %) und wachsender Terrorgefahr (75 %).

## **Alarmistische Debatten und kalkulierte Tabubrüche**

Die Flüchtlingsbewegungen sind keineswegs der ursprüngliche oder alleinige Auslöser dafür, dass sich die gesellschaftliche Debatte in Deutschland polarisiert und an Radikalität gewonnen hat. Pegida war bereits vorher auf der Straße, rechtsextreme und rechtspopulistische Bewegungen und Parteien eifern schon länger den Vorbildern aus Frankreich oder den Niederlanden nach. Der Streit um Einwanderung und mögliche Integrationsdefizite unter Muslimen prägt die öffentlichen Diskussionen seit Jahren. Spätestens seit dem Bestseller »Deutschland schafft sich ab« von Thilo Sarrazin sind sie salonfähig.

Besonders perfide erscheint daher der allenthalben geäußerte Vorwurf, über Migration, Integration und die damit verbundenen Probleme dürfe in Deutschland nicht gesprochen oder berichtet werden. Vielmehr gab es in den letzten 15 Jahren kaum ein anderes Thema von so nachhaltiger medialer Präsenz (Niggemeier 2016). Of-

fenbar haben aber die vielen öffentlichkeitswirksam kalkulierten Tabubrüche mit ihrem Hang zur Skandalisierung und Überspitzung die Gesellschaft in steten Alarmismus versetzt. Die scharf und alarmistisch geführten Debatten verstellen einerseits den Blick auf die tatsächlichen Erfolge in der Integration sowie die vielfach gelebte Normalität im Land und erschweren es andererseits, die ohne Zweifel vorhandenen Schwierigkeiten und Probleme mit Augenmaß wirkungsvoll anzugehen.

Der Islam ist so in den Augen der Mehrheitsbevölkerung und in der öffentlichen Diskussion zu etwas bedrohlich Fremdem geworden. Das hatte der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung schon 2012 gezeigt: 53 Prozent der Befragten waren damals der Auffassung, der Islam sei eher eine Bedrohung; und 52 Prozent vertraten die Meinung, der Islam passe nicht in die westliche Welt. Nur zwei Jahre später, im November 2014, lagen die Zustimmungswerte bei 57 Prozent (Bedrohung) und 61 Prozent (Passung) (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015). Die Langzeitstudie »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« der Universität Bielefeld und die sogenannten »Mitte«-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung haben in den letzten Jahren ebenfalls immer wieder gezeigt, dass es in Deutschland ein großes Potenzial für ablehnende und abwertende Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber Fremden, insbesondere Muslimen, aber auch Sinti und Roma, gibt (vgl. z.B. Decker, Kiess und Brähler 2014; Zick und Küpper 2015).

Durch die Flüchtlingskrise geraten Spannungen und Konflikte an die Oberfläche, die latent zuvor schon vorhanden waren. Die Debatte um Flüchtlinge hat Fremdenfeinden und Populisten dabei in die Karten gespielt und ihnen einen Resonanzboden geliefert. Daher lohnt es sich, den Blick zu weiten: Bereits im Ukraine-Konflikt und in der Euro- und Finanzkrise gab es deutliche Zeichen für einen Vertrauensbruch zwischen Teilen der Bevölkerung einerseits und der politischen Elite und den Medien andererseits. Den deutschen Fernsehsendern und Zeitungen wurde vorgeworfen, parteiisch zu berichten (Hamann 2015). Ebenso wurden die positiven Entwicklungen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt von Kritikern vor allem im

Licht der wachsenden Ungleichheit (OECD 2015) und der steigenden Zahl atypischer Beschäftigungen gedeutet.

Verwunderlich ist es daher nicht, dass Teile der Bevölkerung frustriert sind und sich abgehängt fühlen vom Wohlstand im Land (Noll und Weick 2012; Bude 2015). Und tatsächlich stellen für genau diese Menschen, die sich mit prekären Jobs und Transferleistungen über Wasser halten, Flüchtlinge eine Konkurrenz dar: In einer Welt, in der einfache, körperlich anstrengende Routinetätigkeiten immer seltener werden, konkurrieren Flüchtlinge – zumindest die kaum oder schlecht qualifiziert sind – auf dem Arbeitsmarkt mit Inländern vergleichbaren Qualifizierungsniveaus um die wenigen infrage kommenden Jobs. Ähnlich sieht es auf dem ohnehin angespannten Wohnungsmarkt in den größeren Städten aus. Auch hier erhöhen die Einwanderer und Flüchtlinge die Nachfrage nach den wenigen bezahlbaren beziehungsweise öffentlich geförderten Wohnungen.

Der Politik wird immer weniger zugetraut, diese Herausforderungen zu meistern. 81 Prozent der befragten Deutschen vertreten im ARD-DeutschlandTrend (2016b) im Februar 2016 die Meinung, die Bundesregierung habe die Flüchtlingskrise nicht im Griff. Populisten gelingt es deshalb im Augenblick besonders leicht, mit einfachen Antworten auf die komplexen Fragen der Zeit Menschen einzufangen und gegen die Medien, die Politik, das System und eben auch gegen Flüchtlinge und insbesondere Muslime aufzubringen.

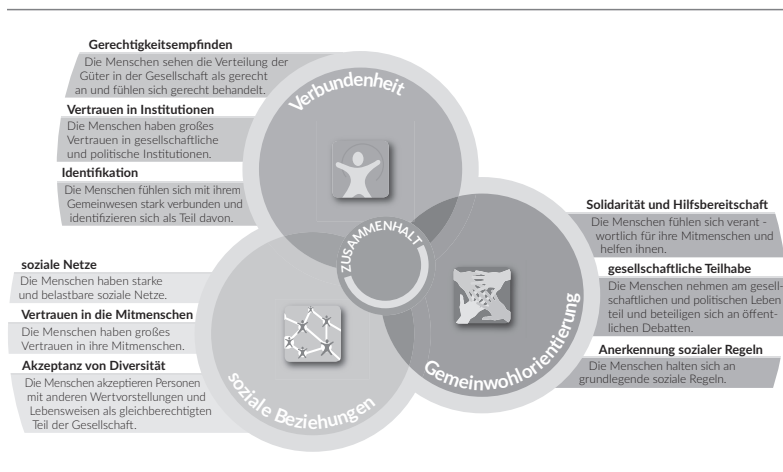
## **Gesellschaftlicher Zusammenhalt als messbare Größe**

Diese Gemengelage ist es, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland so fragil erscheinen lässt. Zusammenhalt ist dabei zunächst ein unscharfer Begriff, der in der politischen und öffentlichen Debatte gerade wegen seiner fehlenden Präzision so populär ist (Bernard 2000). Er verbindet angenehme Gefühle von Heimat und Geborgenheit mit einer Beschwörung des Teamgeists und dem Aufruf zur solidarischen Tat. Schwieriger ist es, Zusammenhalt in eine tatsächlich empirisch messbare Größe zu übersetzen. Mit dem »Radar

gesellschaftlicher Zusammenhalt« hat die Bertelsmann Stiftung dies in den letzten Jahren unternommen (Bertelsmann Stiftung 2013; 2014).

In dieser Serie von Studien wird Zusammenhalt als ein mehrdimensionales Phänomen verstanden, das die Qualität des gesellschaftlichen Miteinanders in einem Gemeinwesen beschreibt. Das Radar benennt drei Kernbereiche (siehe Abb. 1): erstens stabile und vertrauensvolle Beziehungen zwischen den einzelnen Menschen und Gruppen, zweitens das Gefühl der Zugehörigkeit und der Verbundenheit mit dem Gemeinwesen als solchem, drittens die Bereitschaft, sich für andere oder das Gemeinwesen einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen. Diese Gemeinwohlorientierung äußert sich in Akten der Solidarität und Hilfsbereitschaft, in der Anerkennung sozialer Regeln und im zivilgesellschaftlichen und politischen Engagement.

**Abbildung 1: Die drei Bereiche gesellschaftlichen Zusammenhalts mit ihren neun Dimensionen**



Für einen stabilen Zusammenhalt in einer modernen Gesellschaft ist entscheidend, dass die einzelnen Menschen und Gruppen miteinander in Beziehung stehen (Kernbereich »soziale Beziehungen«). Nach

Robert Putnam kann man hierbei von *bridging* und *bonding social capital* sprechen. So benötigt jeder Mensch eine hinreichende Zahl von Kontakten und Verbindungen zu anderen Menschen. Für den Zusammenhalt in pluralistischen Gesellschaften ist zudem wesentlich, dass diese Kontakte über den eigenen ethnischen, kulturellen, religiösen, sozialen oder politischen Tellerrand hinausgehen (*bridging*). Wenn alle nur Beziehungen zu denen unterhalten, die ihnen selbst besonders ähnlich sind (*bonding*), und auch nur diesen Vertrauen schenken, zerfällt ein Gemeinwesen über kurz oder lang in abgeschlossene Segmente. Neben den Verbindungen untereinander ist eine Bindung an das Gemeinwesen als solches vonnöten (»Verbundenheit«). Hierzu gehört, dass man den gesellschaftlichen Institutionen vertraut und die Lebensumstände im Gemeinwesen für fair erachtet.

In Beziehungen zu stehen und sich zugehörig zu fühlen, ist der Anfang. Genauso wichtig ist aber die Frage, ob die Menschen bereit sind, sich für das Gemeinwesen oder andere Menschen selbstlos einzusetzen. Die Gemeinwohlorientierung fragt also, frei nach John F. Kennedy, nicht danach, was die Gesellschaft für einen tun kann, sondern was man selbst für die Gesellschaft zu leisten bereit ist. Sich an die Regeln des sozialen Miteinanders zu halten, stellt ebenfalls einen Teil von Gemeinwohlorientierung dar, denn nur so ist ein friedliches Miteinander überhaupt möglich.

## **Die offene, pluralistische Gesellschaft unter Druck**

Betrachtet man diese drei Bereiche mit ihren neun Dimensionen im Kontext der vorher beschriebenen Herausforderungen, ist sofort klar, warum der Zusammenhalt im Augenblick gefährdet ist: Vor allem die beiden Aspekte »Akzeptanz von Diversität« und »Vertrauen in Institutionen« erweisen sich als kritisch. Gleichwohl gibt es ein Feld, das Hoffnung macht: die »Solidarität und Hilfsbereitschaft«, die sich in dem großen Engagement für die Flüchtlinge ausdrückt.

Das »Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt« hat gezeigt, dass Deutschland im internationalen Vergleich beim Umgang mit gesell-

schaftlicher Vielfalt nur im Mittelfeld liegt. Gleichwohl haben die Deutschen in den letzten Jahrzehnten viele Erfahrungen auf diesem Feld sammeln können und sind daran gereift. Zu den deutlich positiven Entwicklungen der letzten 25 Jahre zählt etwa die Tatsache, dass die Ablehnung von Homosexuellen – vor allem in den Großstädten wie Hamburg oder Berlin – massiv zurückgegangen ist. Auch gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund hat die Offenheit zugenommen. So akzeptieren heute deutlich mehr Menschen politisches Engagement von Ausländerinnen und Ausländern als noch Anfang der 1990er-Jahre. Jedoch fällt auf, dass die gesteigerte Akzeptanz gesellschaftlicher Teilhabe von Migranten einhergeht mit der Forderung nach stärkerer kultureller Integration: Es wird mehr Anpassung an deutsche Sitten und Gebräuche verlangt. Kurz: Die Fremden werden zwar akzeptiert, sie dürfen sich nur nicht mehr fremd verhalten.

Dazu passt die öffentliche Stimmung, die nicht mehr per se gegen Einwanderung oder Ausländer gerichtet ist, sondern sich gegen eine Religion (Islam) und deren vermeintliche oder tatsächliche kulturelle Andersartigkeit wendet. Wenn es gegen die angeblich besonders gewaltaffinen und patriarchal geprägten muslimischen Männer geht, entdeckt so mancher, von dem man es nicht erwartet hätte, sein Herz für liberale Werte, Frauenrechte und Homosexuelle. Rechtsextreme und Rechtspopulisten stoßen ins selbe Horn, beschwören die Gefahr der Überfremdung und machen im selben Moment Stimmung gegen vermeintlich naiven linken »Multikulti«. Dazu zählen für sie auch andere Formen von Vielfalt und Liberalität, unterschiedliche sexuelle Identitäten ebenso wie der angebliche »Genderwahn«.

Was bleibt, ist ein wachsendes Misstrauen, vielfach auch eine Angst vor dem Anderen und Fremden. Diese Haltungen untergraben das generelle Vertrauen, das so wichtig ist für ein produktives und freies Leben in einer offenen Gesellschaft.

Politik und Medien stehen in dieser Zeit unter massiver Kritik. Ihnen wird vorgeworfen, die Unwahrheit zu berichten, die Interessen des eigenen Volkes zu verraten oder sich bei der Lösung der aktuellen Herausforderungen als unfähig zu erweisen. Ihr Einsatz für Vielfalt und ein friedliches Miteinander oder ihre Kritik an Fremdenfeind-

lichkeit, Rassismus und Populismus werden als ideologische Propaganda gebrandmarkt. Wer sich prominent gegen Rechtspopulismus und stumpfe Hetze wendet, wie etwa die NDR-Journalistin Anja Reschke, muss damit rechnen, in E-Mails und Onlinekommentaren persönlich und hart angegriffen zu werden (Reschke 2015). Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist aber ein Grundvertrauen in die politischen Institutionen genauso wichtig wie eine pluralistische kritische Medienöffentlichkeit, in der sachliche Diskussionen stattfinden können.

Die vielen Menschen, die trotz der angeheizten öffentlichen Debatte und der zunehmenden Polarisierung der Meinungen ehrenamtlich Flüchtlingen helfen und diese bei der Integration in Deutschland unterstützen, stimmen dagegen zuversichtlich. Sie zeigen, dass im Gegensatz zur »Das Boot ist voll«-Stimmung der 1980er- und 1990er-Jahre Einwanderung und Vielfalt zunehmend positiv besetzt sind und die Bereitschaft groß ist, Menschen in Not zu helfen. In einem größeren Kontext betrachtet, steckt hierin ein Potenzial, das über die Flüchtlingssituation hinaus dem ehrenamtlichen Engagement Auftrieb geben kann.

In den letzten Jahren haben viele Organisationen und Initiativen unter Nachwuchsmangel gelitten. Jetzt lernen Menschen, wie praktische und selbst organisierte Hilfe funktioniert. Für die aktive und engagierte Zivilgesellschaft war das Jahr 2015 anstrengend, aber eben auch ein Beweis dafür, zu welchen Leistungen sie fähig ist.

Mit dem »Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt« verbindet die Bertelsmann Stiftung das Ziel, die gesellschaftliche Entwicklung im zeitlichen Längsschnitt wie auch im internationalen Vergleich zu analysieren. Dazu werden auch strukturelle Einflussfaktoren auf den Zusammenhalt betrachtet. Unsere Analysen haben bislang ergeben, dass hoher Wohlstand und niedriges Armutsrisiko, geringe Ungleichheit, die Entwicklung hin zu einer modernen Wissensgesellschaft sowie ein eher urbanes Umfeld starken Zusammenhalt befördern (Bertelsmann Stiftung 2013; 2014). Daher zeigte sich, dass der Zusammenhalt in Deutschland in ländlichen Regionen und in Ostdeutschland schwächer ist als in Städten und im Westen.